„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ebbesen,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Auferstehung

Die verschiedensten geistigen und religiösen Strömungen sind im Laufe der Jahrhunderte über die Erde hinweggegangen. Aber keine ist so tief in das Leben der Völker und der Einzelmenschen eingedrungen, keine hat deren sittliche und kulturelle Entwicklung so nachhaltig beeinflußt, keine hat das Angesicht der Welt so gründlich umgestaltet wie das Christentum. Freilich könnte man heutzutage oft genug den Eindruck erhalten, als ob die modernen Menschen noch sehr stark von den Fesseln altheidnischer Anschauungen und altheidnischer Gewohnheiten umgarnt seien.

Man spricht ja nicht umsonst von einem Neuheidentum. Aber man darf den Baum nicht nach seinen faulen Früchten beurteilen. Man darf über der Genußsucht und Habgier gewisser Menschen nicht die sittliche Größe und das stille Heldentum anderer übersehen. Man darf nicht vergessen, daß neben dem modernen Rassen-, Völker- und Menschenhaß auch unendlich viel christliche Liebe ihre Schwingen ausbreitet. Wir sehen das Gute nur oft nicht oder wollen es nicht sehen, weil es sonst für uns selbst ein mächtiger Mahner und Warner wäre. Das Schlechte hingegen macht sich frech und protzig auf den Straßen und Plätzen breit, sodaß es allen in die Augen fällt.

Woraus schöpft das Christentum nun die sieghafte Kraft, die den Kampf mit den feindlichen Mächten noch immer bestanden hat? Ein Blick auf die Leidenszeit des Welterlösers, auf den Gekreuzigten, auf den Auferstandenen gibt uns die schlichte Erklärung dafür. Namentlich der Glaube an die Auferstehung, hat jenen tatfrohen Optimismus, jenes zuversichtliche und gottvertrauende Wirken und Arbeiten, jene Begeisterung für ideale Ziele ermöglicht, die wir heute noch an allen echten Jüngern des Herrn bewundern. Vom ersten Ostermorgen ging ein starkes Glauben und Hoffen, ein lebendiges Streben und Wollen, ja eine Neugeburt der Menschheit aus. Tod und Hölle haben ihre Schrecken verloren.

Auferstehung! Hat sie uns Menschen des 20. Jahrhunderts, hat sie uns Blutsverwandten eines großen Volkes nichts zu sagen? Mußte nicht auch das Deutschtum in den letzten Jahren eine große Passionszeit ertragen? Hat man unser Volk nicht auch verspottet, verlästert, getreten, gefesselt? Hat man nicht deutsche Kinder der Verelendung, deutsche Mütter und deutsche Arbeiter dem bitteren Hunger ausgesetzt? Hat man nicht fast überall in der Welt uns unterdrückt und verfolgt? Und warum?

Sollen wir deswegen uns nun leidenschaftlichem Hasse und schlecht verhehlter Wut hingeben? Oder sollen wir aus den Leiden der Vergangenheit und Gegenwart neue sittliche Kräfte schöpfen? Wohl uns, wenn wir die harte Probezeit bestehen, ohne an unserem Glauben irre zu werden, ohne unser Bestes und Edelstes in den Staub zu treten! Wohl uns, wenn wir erkennen, daß es nur eine Macht gibt, die ein Volk aus den Tiefen seines Elendes zu den Höhen neuen besseren Lebens führen kann! Wohl uns, wenn wir begreifen, daß eine herrliche Auferstehung und eine große Zukunft nur jenem Volke zuteil wird, das die religiösen Quellen in seinem Innern nicht verschütten läßt!

Auferstehung! Wer den Glauben an sie verloren hat, kann auch nicht mehr an die gütige Erneuerung und sittliche Wiedergeburt seines Volkes glauben. Wer hingegen auf seinem Platze unverdrossen seine Pflicht erfüllt, wer seinem Christentum und seinem Deutschtum die Treue bewahrt, wer seinen Willen auf ein großes ideales Ziel einstellt, darf getrost das übrige einem Höheren überlassen. Die Wege Gottes sind wunderbar — auch für uns.

„Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben,
An deines Volkes Auferstehn!
Laß diesen Glauben dir nicht rauben
Trotz allem, allem, was geschehn!"

Fichte.

Dr. J. T. M. Anderson und der „Courier"

Dr. J. T. M. Anderson, der konservative Organisator von Saskatchewan, befaßt sich in seinen Versammlungen, die der Wahlagitation dienen, besonders gerne mit unserer Zeitung. An und für sich haben wir gegen diese kostenlose Reklame, die der genannte Herr für unser Blatt betreibt, gar nichts einzuwenden. Wir verstehen auch, daß ihm der Artikel „Dr. Anderson und die Neucanadier" im Courier vom 11. Februar dieses Jahres in die Nase gestiegen ist; denn was dort über Herrn Dr. Anderson gesagt wurde, war gewiß keine Empfehlung für ihn. Namentlich wurden den deutschsprechenden „Foreigners" und „Neucanadiern", die man sonst so verächtlich und zurücksetzend behandelt, während man sie vor Wahlen mit allen Künsten des politischen Liebeswerbens umschmeichelt, die Augen geöffnet. Die meisten unserer Freunde hatten das wohl gar nicht mehr nötig, da der Weltkrieg und alles, was damit zusammenhing, über den konservativen Charakter schon genügend Licht verbreitet hatte. Unsere Freunde wissen ferner sehr genau, daß Herr Anderson es sich zur Lebensaufgabe gemacht hat, die fremdgeborenen Einwanderer und ihre Kinder mit Hilfe seiner „neucanadischen" Waschmaschine von allen Flecken ihrer Abstammung zu reinigen, um sie dann so gewaschen, geplättet und gebügelt den staunenden Zeitgenossen als tadellose Canadier (lies: verenglischte Leute) vorzustellen. Für Deutsche Muttersprache und Minderheitsrechte ist von einem solchen Herrn natürlich am allerwenigsten zu erwarten.

Zum Schlusse genüge die Feststellung, daß Herr Dr. Anderson dem „Courier" auf den damaligen Artikel ihn noch keine schriftliche Erwiderung hat zugehen lassen. Vom 11. Februar bis zum 8. April hätte er doch fürwahr genügend Zeit dazu gehabt. Wir haben auch nichts von einer mündlichen Widerlegung der gegen ihn erhobenen schwerwiegenden Vorwürfe gehört. Folglich dürfen wir und mit uns auch alle unsere Freunde mit gutem Recht annehmen, daß diese Vorwürfe auf festem Grund und Boden stehen.

Weltumschau

Deutschland.

Deutsche Politiker, welche glauben, aus dem Wahlergebnis inbezug auf die Bedeutung der Präsidentenwahl ziehen zu dürfen, kommen zu verschiedenartigen Ergebnissen. Während es augenscheinlich ist, daß die editoriellen Darstellungen in den Zeitungen vom Parteistandpunkt aus beeinflußt sind, so ist doch die Ueberzeugung zu erkennen, daß die zusammengewürfelte Zahl der für Dr. Karl Jarres, den Kandidaten der Nationalisten und Konservativen, sowie der für die Kandidaten der drei republikanischen Parteien abgegebenen Stimmen keinerlei Sicherheit bietet für die Annahme, wie dieselben Wähler bei der nächsten Stichwahl am 26. April stimmen werden. In einigen Kreisen wird zugegeben, daß Dr. Jarres, obwohl er bei der Wahl am Sonntag die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigte, während der Stichwahl nicht mehr auftreten solle. Einige schlagen vor, daß Verteidigungsminister Dr. Geßler bei der Stichwahl in die Arena treten soll, während andere dafür sind, daß der gegenwärtige Reichskanzler Hans Luther als Bannerträger der Nationalisten und Konservativen aufgestellt werden solle. Als weiterer Grund, weshalb Dr. Jarres nicht bei der Stichwahl auftreten sollte, wird der Umstand bezeichnet, daß die katholische bayerische Volkspartei frei heraus erklärte, daß sie Dr. Jarres bei der kommenden Stichwahl nicht unterstützen würde. Die Entscheidung liegt bei den drei republikanischen Parteien, von denen die sozialistische die stärkste ist. Die letztere hat bereits die Erklärung abgegeben, daß sie bereit sei, mit den Demokraten und der Zentrumspartei zwecks Aufstellung eines Kandidaten der nicht der sozialistischen Partei angehört, gemeinschaftliche Sache zu machen, und dieser „Dreibund" wird von den Führern der Nationalisten und Konservativen gefürchtet. Bis jetzt ist der frühere Reichskanzler Dr. Marx vom Zentrum der einzige prospective Kandidat, der vom „Dreibund" in Betracht gezogen wird. General Ludendorff ist politisch abgetan.

Die korrigierten Resultate der Präsidentenwahl, wie sie von der Reichswahlleitung bekannt gegeben wurden, sind die folgenden:

Otto Braun, Sozialist	7,798,346
Dr. Held, Bayer. Volkspartei	1,006,790
Dr. Hellpach, Demokrat	1,567,197
Dr. Karl Jarres, Deutschnat.	10,408,365
General Ludendorff, Nat.-Soz.	284,975
Dr. Wilh. Marx, Zentr.	3,884,877
Ernst Thälmann, Kommunist	1,871,207
Zersplittert	34,245
Zusammen Stimmen:	26,856,002

In einer Versammlung der Führer der nationalgesinnten Parteien gelang es Kanzler Luther, dieselben zu dem Versprechen zu veranlassen, daß sie die in der Presse eröffnete Kampagne gegen die Regierung einstellen wollten. Der Sitzung wohnte auch der temporäre Reichspräsident Dr. Simons bei, welcher aus Leipzig gekommen war, um der Zähmung der Widerspenstigen beizuwohnen. Nachdem die Regierung die Zusicherung erhalten hatte, daß die Kampagne in der Presse eingestellt werden würde, gab Außenminister Dr. Stresemann das Versprechen, daß er sofort nach der Präsidentenwahl die Führer aller Parteien zu einer gemeinsamen Sitzung einberufen werde, in welcher er ihnen ausführlich Bericht erstatten wolle über den Stand der Verhandlungen der Sicherheitsfrage. So ist der Friede im Kabinett wieder einmal hergestellt, aber wie lange er anhalten wird, ist in Anbetracht der Kampagne eine Frage, die niemand zu beantworten vermag. Trotz der heftigen Opposition, die ihnen von den nationaldenkenden Führern gemacht wird, führen Dr. Luther und Dr. Stresemann ihre Pläne für den Abschluß eines Vertrages, der die Sicherheitsfrage lösen soll, unbeirrt weiter. Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, haben sie abermals einen Vertreter nach London entsandt, der dort neue Vorschläge unterbreiten soll, die sich mit den heikelsten Fragen beschäftigen, mit dem polnischen Korridor und der östlichen Grenze des Reiches. Man erklärt, diese Vorschläge sehen vor, daß diese Fragen einem Schiedsgericht unterbreitet würden. Diese neuesten Vorschläge stoßen bei den Nationalisten trotz des abgeschlossenen Waffenstillstandes, der für die Dauer der Wahlkampagne galt, auf heftigsten Widerstand. Die radikalsten unter ihnen verlangen stürmisch, daß Dr. Stresemann wegen Landesverrats vor dem Reichsgericht in Leipzig prozessiert werde, und eine Resolution, in welcher dieses Verlangen klar und deutlich zum Ausdruck kommt, ist von ihnen angenommen worden.

84 Soldaten der deutschen Reichswehr ertranken in der Weser, als eine von Pionieren zu Manöverzwecken geschlagene Brücke zusammenbrach. Die Opfer bildeten einen Teil einer Marschkolonne, die in voller Feldausrüstung über die Brücke marschierte. Mehr als 100 Soldaten stürzten in den Fluß, als die Pontonbrücke zusammenbrach, und es ist möglich, daß die erste Abschätzung von fünfzig Umgekommenen noch zu niedrig gegriffen ist. Die Leute wurden durch das schwere Gepäck, das sie nicht abzuwerfen imstande waren, am Schwimmen verhindert. Die Pontonbrücke, welche unter der Marschkolonne der Infanterie zusammenstürzte, war an dem Punkte, wo Werra und Fulda zusammenfließen und die Weser bilden, über den Fluß geschlagen. Reichswehrtruppen der verschiedensten Waffengattungen waren über ein großes Gelände zu Feldübungen zusammengekommen. Als das Unglück sich ereignete, wurde von den kommandierenden Offizieren sofort ein Appell anbeordert, um die Namen der Verunglückten festzustellen. Unter denselben befindet sich ein Offizier. Die Ueberladung eines der Pontons soll das Unglück verschuldet haben.

Oesterreich.

Der frühere Kanzler, Dr. Seipel, soll entschlossen sein, ganz aus dem politischen Leben auszuscheiden und im nächsten Herbst seinen Lehrerberuf wieder aufzunehmen. Der frühere Kanzler hat sich von den Folgen des Schusses, den ein junger Attentäter auf ihn abgab, nie völlig erholt.

Nach dem eben veröffentlichten vorläufigen Resultat der am 1. Januar d. J. in Wien vorgenommenen Volkszählung sind hier 1,006,290 Frauen und 862,038 Männer ansässig. Dies ergibt eine Gesamtbevölkerung von 1,868,328 gegen 1,863,737 am 7. März 1923. Im Jahre 1910 hatte Wien eine Bevölkerung von 2,031,489.

Der österreichische Finanzminister Dr. Ahrer ist in London angekommen und hat dem britischen Schatzamt und der Bank von England einen Besuch abgestattet. Wie hier gesagt wird, sei dem Besuche des österreichischen Kabinettsmitgliedes keine ungewöhnliche Bedeutung beizulegen. Dr. Ahrer sei lediglich zu dem Zwecke gekommen, um für Zurückzahlung der österreichischen Anleihe Vorkehrungen zu treffen.

Die Wiener Hofburg ist jetzt im Umbau begriffen. Es werden darin 127 Wohnungen und 45 Geschäftsräume eingerichtet.

Frankreich.

Das auswärtige Amt wies Botschafter Emile Daeschner an, der amerikanischen Regierung zu erklären, daß Frankreich gegenwärtig an Vorschlägen für eine neue Abrüstung nicht interessiert ist. Nach Ansicht des auswärtigen Amtes hat Frankreich seine Kreuzer und andere Kriegszeuge soweit beschränkt als unter den jetzigen Umständen möglich ist. Bestimmungen für seine Sicherheit müssen getroffen sein, bevor eine weitere Abrüstung zu Land und in der Luft besprochen werden kann.

Deutschland wird aufgefordert, sich dem Völkerbund ohne besondere Vergünstigungen oder Ausnahmen anzuschließen. Außerdem muß es seine Absichten hinsichtlich der Grenzen von Polen und Tschechoslowakien klar darlegen, bevor die französische Regierung einen europäischen Sicherheitsvertrag mit dem Reich abschließt. Dies wird der Inhalt der französischen Antwort auf das Angebot der Sicherheit sein. Nach Beratungen mit Kollegen und parlamentarischen Führern wies Premier Herriot die politische Abteilung des auswärtigen Amtes an, ein Schriftstück aufzusetzen. Die Note dürfte eine Antwort der Berliner Regierung zur Folge haben, welche die Alliierten erkennen läßt, ob das deutsche Sicherheitsangebot eine Grundlage für nutzbringende Verhandlungen zu bilden vermag. Nahe politische Freunde rieten Herriot, sich auf Verhandlungen von keinerlei Art einzulassen, bevor Deutschland Mitglied der Liga ist. Der Premier entschied jedoch, daß er sich nicht weigern könne, ein ernstes Sicherheitsangebot in Erwägung zu ziehen.

Vier Sowjet-Sachverständige sind in Paris eingetroffen behufs Unterhandlungen mit der französischen Regierung über wirtschaftliche Angelegenheiten. Die Sowjet-Mission besteht aus Preobrajenschy, Vizepräsident der Sowjet-Konzessionskommission, Reingold vom Finanzkommissariat und den Professoren Liubimov und Tschlenow von der Universität Moskau. Der Sowjet-Botschafter Leonid Krassin hat die französische Regierung um Anberaumung der ersten Sitzung ersucht.

Premier Herriot verteidigte sich in der Kammer gegen den Vorwurf, daß er eine Politik religiöser Verfolgung treibe. Er erklärte: „Wenn behauptet wird, daß meine Regierung im Lande einen Brand entfacht habe, dann habe ich das Recht, darauf zu erwidern, daß dies eine Lüge ist." Bezüglich der Proteste der Elsässer gegen die Einführung der Laiengesetze sagte Herriot: „Man sollte darauf dringen, daß die Elsässer unter denselben Gesetzen leben wie alle andern Franzosen." Während der Debatte kam es zu einem stürmischen Auftritt zwischen Herriot und der Opposition. Als der Premier behauptete, daß er von dem kriegsbeschädigten Abgeordneten Zoin Lambert bedroht wurde, schallte ihm von den Oppositionsbänken der Zuruf „Lügner!" entgegen. Die Aufregung steigerte sich, als Herriot, wie einige Abgeordnete sagten, sich in halblautem Tone über Lambert verächtlich äußerte und ihn „jenen Epileptiker" nannte. Mehrere Abgeordnete verließen als Protest den Saal und Kammerpräsident Painleve unterbrach die Sitzung. Nach deren Wiederaufnahme verlangte der frühere Kriegsminister Maginot, daß Herriot sich bei Lambert entschuldigen und daß man dem Premier eine Rüge erteilen sollte. Da ein allgemeiner Tumult entstand, wurde die Sitzung vertagt.

Joseph Smeets, einst Führer der Separatisten im Rheinland, der nach seiner Flucht in Metz in Zurückgezogenheit lebte, ist letzte Woche verschieden und am Freitag klanglos und ohne Aufsehen zu Grabe getragen worden. Smeets war in Köln bei einem am 17. März 1923 auf ihn verübten Mordangriff schwer verwundet und sein Sekretär getötet worden. Er war dort seines Lebens nicht mehr sicher und flüchtete sich mit seiner Gattin, die aus Lothringen gebürtig war, nach Metz. Nur wenige wußten hier, welche Rolle er im deutschen Rheinland gespielt hatte. Man glaubt, daß eine Vereiterung der Schußwunde, aus der die Kugel nicht entfernt worden war, den Tod herbeigeführt hat. Mehrere Jahre hatte Smeets die Umtriebe für den Abfall des Rheinlandes von Deutschland geleitet. Er selbst nannte sich Präsident der Unabhängigkeitspartei des Rheinlandes, und seine Gefolgschaft hatte ihn, falls die Bewegung geglückt wäre, zum provisorischen Präsidenten einer Rheinland-Republik in Aussicht genommen.

England.

Im Oberhaus wurde von dem Herzog von Southerland an die Regierung die Frage gerichtet, welche Haltung sie zu der Frage von Reformen für das Haus der Lords einzunehmen gedenke. Alle Parteien sind darin einig, daß gewisse Reformen notwendig seien; doch jede Partei ist anderer Meinung über die erforderlichen Maßnahmen zur Umgestaltung des Oberhauses. Auch die Konservativen unter sich, die jetzt am Ruder sind, haben sich über eine Reformpolitik noch nicht zu verständigen vermocht. In der Interpellation an die Regierung erklärte der Herzog von Southerland: „Ein nicht reformiertes erbliches Haus der Lords würde, wenn eine Arbeiterregierung mit einer wirklichen Majorität zur Macht gelangen sollte, nicht sechs Monate fortbestehen." Er gab der Meinung Ausdruck, daß die jetzige Gelegenheit die letzte für ein konservatives Regime in England sein würde. Lord Haldane, ein Arbeitervertreter im Oberhaus, befürwortete die Sache bis auf weiteres auf sich beruhen zu lassen. Der Lordkanzler gab Auskunft, die Regierung habe noch keine Zeit gefunden, sich mit der Frage zu befassen. Ein Kabinettskomitee werde die Angelegenheit prüfen und „möglicherweise im nächsten Jahre Reformmaßnahmen in Vorschlag bringen.

Rußland.

Beim Zusammenstoß des Taschkent Eilzuges mit einem Moskauer Vorortzug wurden etwa 50 Menschen getötet oder verletzt. Das Unglück, eines der schlimmsten in Moskaus Geschichte, ereignete sich eine Meile von der Hauptstadt. Der schwerste Lebensverlust war auf dem Moskauer Zug zu verzeichnen. In den drei Wagen fuhren viele Arbeiter auf dem Heimwege. Die Lokomotiven, große Eisenbrecher von der amerikanischen Art, wurden völlig zertrümmert. Anwohner leisteten den Leidenden Beistand und zogen die Toten aus den Trümmern hervor.

Rumänien.

Die britische Regierung hat gegen eine dem rumänischen Parlament vorliegende Gesetzesvorlage zur Kontrollierung der Auswanderung Einsprache erhoben, darauf hinweisend, daß die britischen Dampfer-Gesellschaften durch eine solche Maßregel aus dem Lande getrieben würden. Die Vorlage verleiht der Regierung das Recht, die Passagierraten festzusetzen, verbietet unter den betreffenden Auswanderern jede Form von Propaganda und bürdet den Dampfer-Gesellschaften alle Kosten der Rückfahrt auf, falls die Auswanderer in dem betreffenden Lande, wohin sie befördert werden, nicht zugelassen werden sollten. Die Vorlage zielt hauptsächlich darauf hin, die Auswanderung von Siebenbürgen nach Amerika zu unterdrücken.

Die siebenbürgischen und ungarischen Abgeordneten des rumänischen Parlaments haben gegen die Verwaltungsreform der Regierung, die insbesondere eine grundlegende Ergänzung des Wahlrechtsverfahrens zum Gegenstande hat, einen Protest veröffentlicht, in dem der Regierung zum Vorwurf gemacht wird, daß sie auch im Bereiche der Kommunalpolitik die Minoritäten zu unterdrücken sucht. In der Erklärung wird angeführt, daß bisher kein einziges kommunales Gemeinwesen in Rumänien seine administrativen Funktionäre aus freier Wahl erhalten habe. Es wurden ihnen vielmehr sämtliche Funktionäre und Magistratsbeamten auf dem Verwaltungswege aufgedrängt. Dies gälte vor allem für die Städte der abgetrennten ungarischen Landesgebiete, deren Beamten vom Bürgermeister an bis zum letzten Konzeptsbeamten aus Bukarest willkürlich und nach ihrer Gesinnungstüchtigkeit ernannt würden. Der neue Gesetzentwurf enthalte diesbezüglich keine Aenderung, obwohl das Emporblühen der siebenbürgischen und Banater Städte seit altersher der Schaffensfreude und dem Fortschrittssinn ihrer bodenständigen, dem eigenen Gemeinwesen anhänglichen Bevölkerung zu verdanken ist." Während einer jahrzehntelangen friedlichen Aera ungestörten Schaffens wurde die Bürgerschaft zur Selbständigkeit und Selbstverantwortung erzogen. Heute sind die Worte „bürgerliche Selbständigkeit und Freiheitsrechte" in Rumänien gleichbedeutend mit staatsfeindlicher Gesinnung und gefährlich dem Leben und Eigentum. Das Bürgertum, das auf den abgetrennten Gebieten den Minoritäten angehört, soll fortan seines Selbstverwaltungsrechts verlustig gehen.

Polen.

Die Terroristen Baginski und Wierzorkiewicz, die von der polnischen Regierung gegen zwei Polen, die in Sowjet-Rußland zum Tode verurteilt worden waren, ausgetauscht werden sollten, wurden auf dem Wege zur Grenze von dem Polizeisergeanten Nago Muraszko erschossen. Dieser soll die Tat aus Rache dafür, daß er von den Russen früher furchtbar mißhandelt sein will, begangen haben. Baginski und Wierzorkiewicz, die früher Offiziere der polnischen Armee waren, wurden im vorigen Jahre zum Tode verurteilt, weil sie an der Explosion der Warschauer Zitadelle im Oktober 1923 beteiligt gewesen sein sollen. Später wurden sie zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe begnadigt. Zu dem Morde wird noch gemeldet, daß Muraszko die beiden auszuwechselnden Gefangenen erschoß, als der Zug sich der Grenze näherte. Mit den Worten: „Ich habe als Patriot gehandelt und die Verräter erschossen" lieferte sich der Mörder seinen Kollegen aus.

Polen wird seine erste bedeutende Bestellung von Kriegsmaterialien in den Vereinigten Staaten machen. Der Kontrakt, auf den man sich geeinigt hat, der aber noch nicht unterzeichnet ist, wird Polen mehrere tausend Maschinengewehre der Colt'schen Fabrik in Hartford, Conn., verschaffen. Dieselben sollen etwa $2,000,000, zahlbar in drei Teilzahlungen, kosten. Die Maschinengewehre werden unter Ueberwachung von Vertretern der Colt'schen Gesellschaft in einer Fabrik in der Nähe Wärschau's hergestellt werden.

Die polnische Regierung beschloß, keine weiteren Chinesen zuzulassen, bevor ihre Gesuche vom auswärtigen Amt in Warschau genehmigt sind. Sie fürchtet eine chinesische Invasion, weil im letzten Jahre etwa tausend Orientalen das Land besuchten. Die chinesische Regierung wartet zunächst weitere Einzelheiten ab, bevor sie die Frage mit den Beamten in Warschau aufnimmt. Die Invasion begann im Herbst, als chinesische Hausierer mit chinesischen Waren in Warschau eintrafen. Die meisten kamen über Berlin, mit Visas vom polnischen Konsulat. Einige Wochen später ersuchten dreihundert hundert weitere Chinesen um Erlaubnis, nach Warschau zu kommen und erhielten Beglaubigungen. Schließlich kamen ungefähr tausend Hausierer ins Land, die sich alle als Handelsleute ausgaben. Die polnischen Behörden schöpften Verdacht, denn mehrere Monate vor Ausbruch des Krieges besuchten verschiedene tausende von Chinesen Polen, das damals unter russischer Herrschaft stand. Alle gaben sich als Händler aus und sprachen fließend Russisch und Deutsch. Nach Berichten an die Behörden treiben manche der Orientalen, die sich als Händler ausgeben, in Wirklichkeit Spionage, wahrscheinlich für die Bolschewiki-Regierung.

Jugoslavien.

Paul Raditsch, Vize-Präsident der kroatischen Bauernpartei und Neffe des seit mehreren Wochen im Gefängnisse sitzenden Führers der Opposition, Stefan Raditsch hat in der Skupschtina erklärt, daß die kroatische Bauernpartei sich zur Verfassung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen bekenne und die Karageorgiewitsch-Dynastie anerkenne. Abg. Czuperin derselben Partei fügte hinzu, daß die republikanische Propaganda in Jugoslawien nicht am Platze sei. „Man erwartet, daß die Regierung mit Rücksicht auf diese Erklärungen das gegen Stefan Raditsch angestrengte Hochverratsverfahren einstellen und ihn aus der Haft entlassen werde.

Mexiko

General Acosta, Chef der Artillerie des mexikanischen Heeres, wurde während einer Automobilfahrt von General Maciel, früher Unterstaatssekretär für Krieg, angeschossen und tödlich verwundet. Maciel und Acosta waren seit lange erbitterte politische Feinde. General Maciel beging daraufhin Selbstmord.

Italien.

In Anwesenheit des Finanzministers De Stefani, des Präsidenten der Bank von Italien, und einer großen Zahl von Regierungsbeamten wurde Papiergeld im Werte von 320 Millionen Lire verbrannt. Am letzten Mittwoch wurden auf dieselbe Weise 100 Millionen Lire vernichtet. Diese Maßnahme wurde kürzlich von der Regierung beschlossen, um das im Umlauf befindliche Papiergeld zu reduzieren.

Dänemark

Eine gewisse Beunruhigung hat hier der berichtete Befund der amerikanischen Tarifkommission hervorgerufen, daß dänische Butter auf den New Yorker Markt zu einem billigeren Preis als das einheimische Produkt gebracht werden kann. Eine Zeitung, welche die Agrar-Interessen vertritt, fordert Repressalien in Form eines Einfuhrverbots auf gewisse amerikanische Artikel, sollte sich Präsident Coolidge dazu verstehen, einen höheren Eingangszoll auf dänische Butter zu legen.

Bulgarien

Bei Straßenkämpfen in Sofia tötete die Polizei einen Anarchisten und nahm mehrere fest. Ein bulgarischer Leutnant, ein Zuschauer, verlor gleichfalls sein Leben. Ein verfolgter Anarchist warf eine Bombe und floh in ein Haus, wo er die Belagerer mehrere Stunden im Schach hielt. Einer der Leiter wurde in den Außenbezirken gefunden. In dem sich anschließenden Kampf erschoß ihn ein Detektiv.

Laß nur die Menschen denken,
Gott wird es dennoch lenken.
Nein, mög' auch Gott es lenken,
Der Mensch soll dennoch denken.

W. Müller.

Ontario

Folgen der Bierausichten.

Windsor, 2. April. — Das Geschäft im Verkauf von Grundeigentum blüht in Windsor mit Rücksicht auf die baldige Einführung von 4.4-Bier stark auf. Die größte Grundstücksfirma, wie die Reaume-Organisation, berichtet den Verkauf von 20 Grundstücken in kurzer Zeit. Das Gleiche wird von anderen Firmen mitgeteilt. Eine Detroiter Grundstücksfirma kaufte eine 60-Acker-Farm an der Tecumseh-Road, südlich von Ford City, mit der Absicht, sie sofort zu teilen und wieder zu verkaufen. Man glaubt, diese blühenden Geschäfte im Grundstücksverkauf auf die baldige Einführung des 4.4-Biers zurückführen zu können, und auf die Absicht verschiedener Amerikaner, sich in Windsor Eigentum zu kaufen, um so der durch das Volstead-Gesetz geschaffenen Trockenheit, unter der sie zu leiden haben, zu entgehen. Das Gesetz zum Ausschank des neuen Bieres wird jedenfalls am 1. Mai in Kraft treten.

Ein Automobil fuhr Sonntag Morgen an der Ecke Oulette- und London Straße in einen Laden. Dabei wurde ein 16jähriges Mädchen getötet, während ihre Schwester und zwei männliche Begleiter verletzt wurden. Die Tote ist Loretta Dube, 400 Glendary Ave. Die Verletzten sind: Germaine Dube, 18 Jahre alt, von der gleichen Adresse; Alfred Bendbland, 986 Dougall Ave., und Peter Jorard, 109 Turner Road, Walkerville. Als das Automobil in den Laden fuhr, stürzte ein eiserner Träger auf die Insassen des Autos. Dasselbe wurde von Bendbland gesteuert.

Farmer im Kampf mit Räubern.

Mildmay, 27. März. — Georg Schneider, ein bekannter Farmer von Carrick, entging nur mit knapper Not dem Tode, als er in seinem Stall einige Räuber bei der „Arbeit" überraschte. Vier Schüsse wurden aus nächster Nähe auf ihn abgefeuert. Zwei davon gingen durch seine Mütze, ohne ihn zu verletzen. Darauf machten sich die Burschen aus dem Staub.

Kartoffelbauer organisieren sich. ees Kartoffelbauer organisieren sich.

Essex, 29. März. Die Kartoffelbauer versammelten sich in Leamington und beschlossen die Gründung einer Organisation und einer zentralen Verkaufsagentur für die ganze Kartoffelernte von Südwest-Ontario. (Auch in Brandon, Man. wurde ein Kartoffelpool gegründet, der sich namentlich mit der Vermarktung der Saatkartoffeln befassen soll.)

Ausbruchsversuch von 22 Gefangenen.

Toronto, 29. März. Etwa 22 Gefangene suchten aus dem hiesigen Gefängnis zu entkommen. Der Wächter Thomas R. Chards wurde dabei derart geschlagen, daß er in das Hospital verbracht werden mußte. Die Rädelsführer sind James Moß und Andrew Morrison. Der Wächter Richards war zur Zelle von Moß und Morrison gegangen, um ihnen wegen Geschreies eine Warnung zu erteilen. Als er eintrat, erhielt er einen Schlag auf den Kopf mit einem Stuhlbein. Er brach zusammen, worauf ihm die Burschen die Schlüssel wegnahmen und die Türen der anderen Zellen öffneten. Die Gefangenen machten sich nun daran, das Gefängnis zu verlassen. Doch bald wurden sie durch die Revolver des Governor Bather und des Wächters Edwards aufgehalten. Darauf wählten die mit Kehrbesen und ähnlichen Geräten bewaffneten Gefangenen der Tapferkeit besseren Teil und kehrten schleunigst in ihre Zellen zurück.

Knabe im Bett verbrannt.

Cache Bay, 31. März. Ein Brand, der in einer Garage ausbrach, zerstörte den größten Block des Geschäftsviertels, wodurch ein Sachschaden von ungefähr $60,000 entstand. Sieben Familien sind obdachlos. Der vierjährige John Vermet verbrannte in seinem Bett. Die Eltern waren in der Erregung mit den fünf anderen Kindern geflüchtet. Vater und Mutter glaubten, der kleine Junge sei bereits bei den anderen.

Quebec

Bourassa für Ordnungschaffen in Canada.

Montreal, 30. März. — Henri Bourassa, der Redakteur des „Le Devoir" und der bekannte Führer der Französischcanadier, erklärte hier in einer Versammlung, das Gerede von canadischer Nationalität sei ganz schön, aber wichtiger sei es, erst einmal in Canada Ordnung zu schaffen, die Torheiten der Vergangenheit gutzumachen und sich für die Verantwortlichkeiten der Zukunft vorzubereiten.

Selbstmord im Zuchthaus.

Sherbrooke, 2. April. — Alphonse Bluteau von Magog, der vor wenigen Tagen wegen eines schweren Sittlichkeitsverbrechens zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, wurde in seiner Zelle erhängt aufgefunden.

Polizeihauptmann entlassen.

Montreal, 1. April. — Roche Sauve, Polizeihauptmann, der früher die Sittlichkeitsabteilung leitete, wurde heute seines Amtes enthoben, da er sich weigerte, freiwillig zurückzutreten. Andere Polizeibeamte hatten ebenfalls ihren Abschied eingereicht, der genehmigt wurde. Die Entlassungen hängen mit den Enthüllungen über die lasterhaften Zustände in Montreal zusammen.

Mißverständnis.

Zwei Herren sitzen an einem Tisch im Kaffeehaus, und der Hund des einen liegt zu Füßen des anderen. „Nehmen Sie doch Ihren Hunde hier weg; ich fühle schon, daß die Flöhe an meinen Beinen herumkriechen." Darauf sagt der andere zu seinem Hunde: „Kodsin' hierher, Flock, der Herr hat Flöhe."